

Aufmerksame Präsenz ist in einem virtuellen Meeting kaum je gegeben. Eine Kamera filmt eine Online-Vorlesung an der ETH Zürich. ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

Die Universität braucht den Jungbrunnen leibhaftiger Begegnung

Wenn eine Struktur zur Verbreitung des Coronavirus passt, dann jene der Universität. Hier verdichten sich Massen von Menschen in immer neuer Kombination. Ohne personale Gegenwart erstickt sie. ***Gastkommentar von Ulrich M. Schmid***

«Covido, ergo zoom», lautete eines der lustigeren Memes, die in den vergangenen Wochen in den Social Media zirkulierten. Nun ist der Schaden überschaubar, den diese Verballhornung am akademischen Bildungsgut anrichtet. «Covido, ergo zoom» wirft aber ein grundsätzliches Problem auf: Was geschieht mit der Universität, wenn sie nur noch im digitalen Kaninchenstall stattfindet?

Zwar können Inhalte in Chats und Videodateien übertragen werden, Algorithmen strukturieren soziale Kontakte, virtuelle Klassenzimmer erlauben Diskussionen in Breakout-Räumen. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, dass man ein ambitioniertes Projekt wie eine akademische Forschungsgemeinschaft nicht auf dem Bildschirm simulieren kann. Das Unbehagen geht tief und hat auch prominente Gelehrte nachhaltig verstört. Giorgio Agamben verstieg sich etwa zur törichten Aussage, dass der universitäre Online-Unterricht dem Treueeid der italienischen Professoren auf die faschistische Regierung im Jahr 1931 in nichts nachstehe.

Die Universität ist eine der stabilsten Organisationsformen zunächst der abendländischen, später der globalen Bildungsgeschichte. Das Erfolgsmodell der Universität verdankt sich dem offenen Austausch unabhängiger Geister, der Einbettung fachlichen Wissens in eine breite Allgemeinbildung und der kritischen Reflexion des eigenen Forschens in der akademischen Gemeinschaft.

Zunächst bezeichnete der Begriff der «universitas magistrorum et scolarium» nur die rechtliche Privilegierung einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Erst im späten 14. Jahrhundert wurde der Begriff «universitas» auf die akademische Institution übertragen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts definierte Wilhelm von Humboldt das Ideal der Einheit von Lehre und Forschung. Dieser Grundsatz prägt die akademische Gemeinschaft bis heute. Lehren, Lernen und Forschen sind ineinander verzahnt. Durch gemeinsames Fragen tasten sich die Mitglieder der Universität an ein Problem heran. Dieser fundamentale Vorgang wird durch die virtuelle Vereinzelung erheblich erschwert.

Es geht an der Universität nicht in erster Linie um die Vermittlung von Lerninhalten, sondern um das gemeinsame Aufarbeiten einer Problemkonstellation. Dabei ist oft nicht die Antwort entscheidend, sondern die Formulierung der richtigen Fragen. Die wissenschaftliche Wahrheit wird immer vom Zweifel begleitet, dass sie doch nur vorläufige Geltung hat.

Es ist an der Universität entscheidend, diesen Zweifel zu jedem Zeitpunkt äussern zu können. Dazu braucht es aber aufmerksame Präsenz, die in einem virtuellen Meeting kaum je gegeben ist. Jeder Dozierende kennt den Moment, wenn ein Mitglied eines Seminars oder Kolloquiums die Stirn runzelt, sich räuspert oder auf seinem Stuhl herumrutscht. Die spannendsten Forschungsgespräche an der Universität ergeben sich genau dann, wenn ein Studierender nicht erraten soll, was der Dozierende hören will, sondern wenn er Widerspruch und Kritik artikuliert. Hinter den Namensschildern (bei ausgeschalteter Kamera) oder in den grob verpixelten Selfies lassen sich solche Regungen jedoch nicht erkennen.

Durch gemeinsames Fragen tasten sich die Mitglieder der Universität an ein Problem heran.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, dass die Digitalisierung den akademischen Unterricht – wie es neudeutsch heisst – «disruptiv» verändert habe. Die Möglichkeiten des E-Learning wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts massiv überschätzt. Man träumte von selbsterklärenden Podcasts, vom individuellen Navigieren auf elektronischen Lernplattformen, ja sogar von der Erziehung des Menschengeschlechts durch MOOC (Massive Open Online Courses). Das Problem all dieser hochgespannten Erwartungen lag darin, dass sie den Grundcharakter der universitären Bildung verkennen.

Dieser Befund lässt sich auch empirisch nachweisen. Wenn die gleiche Lehrveranstaltung entweder an der Universität oder als Podcast absolviert wird, dann schneiden die Studierenden aus der Präsenzlehre besser ab. Die besten Noten aber erzielen jene Studierenden, die «blended learning» betreiben, also beide Formen kombinieren. Genau das aber war unter Corona-Bedingungen nicht mehr möglich.

Die Digitalisierung hat auch unbestreitbare Vorteile: Studierende mit beruflichen oder familiären Verpflichtungen können der universitären Lehre flexibler folgen. Interessant sind auch internationale Kooperationen zwischen Universitäten, die untereinander virtuelle Kurse in einem akademischen Netzwerk anbieten. Es handelt sich aber um Zusatzangebote, die auf einen Kernbestand von Präsenzlehre aufbauen müssen.

Aufräumen sollte man schliesslich mit dem Vorurteil, dass virtuelle Lehre billiger sei als Präsenzunterricht. Abgefilmte Vorlesungen locken keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Die Generation Instagram hat anspruchsvolle Sehgewohnheiten und kann viel Information in kürzester Zeit verarbeiten. Solchen Bedürfnissen sollten die Universitäten mit hochwertigen Angeboten begegnen – am besten in einem gemeinsamen Produktionsprozess von Dozierenden und Studierenden.

Ulrich M. Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands sowie Prorektor Aussenbeziehungen an der Universität St. Gallen.

Groll gegen Trump darf den Antiamerikanismus nicht weiter befeuern

Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat mögen gegenwärtig überall in Bedrängnis geraten, doch sind sie traditionell nirgendwo so stark verankert wie in der amerikanischen Gesellschaft. ***Gastkommentar von Bijan Djir-Sarai***

Seit beinahe vier Jahren ist Präsident Trump nun im Amt. Seither hat sich, nicht zuletzt durch seine zumeist innenpolitisch motivierte America-first-Politik, die Weltordnung grundlegend verändert: Sicher geglaubte Partnerschaften bröckelten, Abkommen wurden aufgekündigt, und Twitter entwickelte sich zum präferierten Instrument der amerikanischen Diplomatie.

Noch in diesem Jahr steht die 59. Präsidentschaftswahl der Vereinigten Staaten bevor. Ob es eine zweite Amtszeit für Trump geben wird oder ob der Demokrat Joe Biden die Wahl für sich entscheidet, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig unklar. Selten zuvor war das Land gesellschaftlich derart gespalten. Selten zuvor befand sich das Land, auch durch die dramatische Last der Corona-Pandemie, in einer so tiefen wirtschaftlichen und strukturellen Krise. Keinesfalls ist es also übertrieben zu behaupten, dass diese Wahl eine historische sein wird.

Europa ist auf die USA angewiesen

Die schwierige innenpolitische Gemengelage schlägt sich ebenso direkt wie indirekt auf die amerikanische Aussenpolitik und somit gleichermassen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen nieder. Dass sich die amerikanischen Interessen in der Welt nicht erst seit der Ära Trump verschieben, darf dabei zwar nicht vergessen werden.

Doch gleichzeitig ist die zunehmende Isolation der USA auf dem internationalen Parkett ganz eindeutig dem derzeitigen Präsidenten geschuldet. Diese Entwicklung ist sowohl für Deutschland als auch Europa extrem besorgniserregend. Denn dass weder Deutschland noch die EU sicherheitspolitisch auf festen Füssen stehen und Europa auf die USA als Schutzmacht angewiesen ist, ist kein Geheimnis. Debatten, wie diejenige um die Beendigung der atomaren Teilhabe Deutschlands sind vor diesem Hintergrund besonders realitätsfern und nichts als Augenwischerei. Bei jeder berechtigten Kritik an der gegenwärtigen amerikanischen Regierung dürfen wir aber nicht zulassen, dass eine, maximal zwei Legislaturperioden eines bizarr anmutenden Präsidenten den transatlantischen Beziehungen nachhaltig Schaden zufügen. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit mögen gegenwärtig überall auf der Welt in Bedrängnis geraten, doch sind sie nirgendwo traditionell so stark verankert wie in der amerikanischen Gesellschaft.

Heute, in Zeiten, in denen extreme Ideologien auch in Europa so stark verfangen wie schon lange nicht mehr, in denen es denkbar ist, dass ein in vieler Hinsicht extremer Präsident in den USA wiedergewählt wird, ist es umso wichtiger, die freiheitlich-demokratischen Werte auf beiden Seiten des Atlantiks wiederzubeleben und zu stärken.

Das Problem Rassismus

So darf der Groll gegen die Politik Trumps den in Deutschland ohnehin verbreiteten Antiamerikanismus nicht noch weiter befeuern. Ein Blick über den Tellerrand – zum Beispiel in Richtung der autokratisch regierten Staaten China und Russland – und auch in die Geschichtsbücher ist in dem Zusammenhang sehr empfehlenswert. Der Tod von George Floyd durch einen Polizisten und die Vehemenz der Proteste der vergangenen Tage haben uns abermals das tiefsitzende strukturelle Problem des Rassismus in den USA vor Augen geführt. Mehr als deutlich wurde auch, dass Präsident Trump in diesen schwierigen Stunden sein Land nicht versöhnt, sondern zur Spaltung beiträgt.

Doch nun empört mit dem moralischen Zeigefinger auf die andere Seite des Atlantiks zu zeigen, ist nicht zielführend. Auch in Deutschland werden wir regelmässig Zeuge dessen, wohin Hass und Hetze führen können. Auch in Deutschland sind die Wunden tief.

Wir müssen die Nähe suchen

Es wäre voreilig, sich darauf zu verlassen, dass Trump aufgrund seines vielfältigen Versagens im November abgewählt wird. Joe Biden ist bei weitem nicht der Kandidat der ersten Wahl der Demokraten. Es ist daher wichtig, dass sich Deutschland und Europa bereits jetzt mit den Folgen einer potenziellen zweiten Amtszeit des Präsidenten beschäftigen und aus den Konfliktlinien der vergangenen Jahre Lehren ziehen.

Wir müssen dringend auf allen Ebenen die Nähe zu denjenigen suchen, denen die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft bewusst ist, und wir müssen uns daran erinnern, dass wir nur gemeinsam den undemokratischen Kräften dieser Welt etwas entgegenzusetzen haben. Gleichzeitig werden wir aber nicht darum herumkommen, unsere Interessen – seien sie wirtschaftlicher oder sicherheitspolitischer Natur – zu definieren und selbstbewusst in die Hand zu nehmen.

Bijan Djir-Sarai ist Bijan Djir-Sarai ist aussenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.